Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache **Nr. 1956**

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Sonderhilfsmaßnahmen für die langfristig Erwerbslosen im Kreis Wilhelmshaven.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird auf Grund der Tatsache, daß infolge des Zusammenbruchs der Werften der Kreis Wilhelmshaven den im Bundesgebiet höchsten Prozentsatz von langfristig Erwerbslosen aufweist, verpflichtet, zu Gunsten dieses Personenkreises eine besondere Hilfsaktion durchzuführen.

Im Rahmen dieser Hilfsaktion ist an alle langfristig erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger im Kreis Wilhelmshaven eine einmalige Beihilfe in der Höhe von 200 DM, für jedes unterstützungsberechtigte Familienmitglied eine einmalige Beihilfe in der Höhe von 30 DM zu gewähren.

Die bisher den Erwerbslosen gewährte Mietbeihilfe ist auf 75 % der zu zahlenden Miete zu erhöhen.

Die Bezugspreise für Gas und Strom sind zu Gunsten der langfristig Erwerbslosen auf die Hälfte der derzeitigen Sätze herabzusetzen. Der der Stadt Wilhelmshaven dadurch entstehende Ausfall ist aus Bundesmitteln zu vergüten.

Die für die Durchführung der vorstehend angeführten Sonderhilfsmaßnahmen für die langfristig Erwerbslosen des Kreises Wilhelmshaven erforderlichen Mittel sind in den Haushalt für das Rechnungsjahr 1951/52 einzusetzen.

Um die Hilfsaktion spätestens am 1. März 1951 anlaufen zu lassen, ermächtigt der Bundestag den Haushaltsausschuß, die für diese Hilfsmaßnahmen erforderlichen Mittel auf dem Wege der Vorwegbewilligung zur Verfügung zu stellen.

Bonn, den 19. Februar 1951

Renner und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1